

Ulrich Horstmann

WOMIT WIR MORGEN ZAHLEN WERDEN

Warum die Währungsreform
schneller kommt, als Sie denken

FBV

© des Titels »WOMIT WIR MORGEN ZAHLEN WERDEN« (ISBN 978-3-89879-696-5)
2012 by FinanzBuch Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH
Nähere Informationen unter: <http://www.finanzbuchverlag.de>

1. INSTABILITÄT DURCH DEN STAAT UND VON POLITIKERN FEHLGELEITETE FINANZINSTITUTIONEN

1.1 Prinzip Merkel

»Der einzige Weg, um das Verhalten der Politiker zu ändern, ist, ihnen das Geld wegzunehmen.«

Milton Friedman, US-Ökonom (1912–2006)

»Macht ist das Wesen der Politik, und keine beherrscht es so perfekt wie Angela Merkel. Stoisch schultert die Kanzlerin sämtliche Krisen. Auf politischen Druck reagiert sie unbewegt wie ein Standbild. Programmatisch fliegt sie unter Radar: Bloß keine Festlegung, wenn es nicht unbedingt sein muss. Erst mal abwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Das verschafft ihr größtmögliche Flexibilität und bringt ihre Kontrahenten zur Verzweiflung. Wie soll die Opposition diese Kanzlerin wirkungsvoll bekämpfen? Im Ausland gilt Merkel längst als mächtigste Frau der Welt, und nach allem, was wir sehen, genießt sie jede Sekunde im Amt. Ob auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos oder auf EU-Gipfeln in Brüssel: Alles dreht sich um sie. Wie macht sie das bloß?«¹

¹ In: hr-online vom 30.01.2012.

Es bleibt einiges unklar. Geht es Angela Merkel wirklich nur um die Sicherung ihrer persönlichen Macht? Oder denkt sie doch programmatischer. Führt Kanzlerin Merkel Deutschland nach der Auflösung der Deutschland AG unter Gerhard Schröder in eine nicht mehr von dem Leitbild einer sozialen Marktwirtschaft getragene Gesellschaft? Ist das neue Leitbild ein von ihr geführter VEB Deutschland oder sogar ein zwangskollektivierter VEB Europa (Festung Europa)? Welche aktuelle Bedeutung könnte das seltsame, heute in Vergessenheit geratene Akronym VEB noch haben?

In der DDR stand das Kürzel VEB für »Volkseigener Betrieb« und war der übliche Ausdruck für verstaatlichte Betriebe außerhalb der Landwirtschaft. »Volkseigener Betrieb« ist ein kommunistischer Propagandabegriff, mit dem desinformierend die Herrschaft des Volkes suggeriert wurde, de facto handelte es sich um funktionärgesteuerte Staatsunternehmen unter Leitung »politisch zuverlässiger« SED-Parteimitglieder. Die verstaatlichten Betriebe wurden der Zentralverwaltungswirtschaft unterworfen. In den 1970er-Jahren wurden unter der Führung von Erich Honecker dann auch noch die letzten existierenden Privatbetriebe zwangsverstaatlicht.

Mit dem Begriff »VEB Deutschland« wird hier kühn die Rückkehr staatlicher Lenkung in der Wirtschaft nach dem Vorbild der früheren DDR verbunden. »VEB Deutschland« bezeichnet nach eigener Definition ein Land, dessen Wirtschaft von staatlichen Großunternehmen und Banken geprägt ist. Unternehmen werden auch schon angesichts ihrer Staatsnähe so bezeichnet, zum Beispiel die EADS als »VEB Flugzeugbau«.² Mit der künftigen Rolle als »Kernaktionärin« ist Frau Merkel noch mehr dazu in der Lage, direkt mit dem ebenfalls investierten französischen Staat zu verhandeln.³ Die Lenker solcher Großkonzerne haben ein Naheverhältnis zu Politikern und werden häufig auch von ihnen als Leiter ausgewählt. Das Primat der Politik wäre so in vollem Umfang wiederhergestellt, auch die Deutungshoheit läge wie-

² Siehe Claas Taffe: »VEB Flugzeugbau«, in: Zeit online vom 23.02.2011.

³ Vgl. auch Markus Fasse/Thomas Hanke: »Machtpoker bei EADS«, in: Handelsblatt vom 16.01.2012, S. 1.

der bei Politikern. Untermuert würde das Gesellschafts- und Staatsbild von Medien, die eingebettet sind, das heißt sich grundsätzlich staatsloyal verhalten. Die Pressefreiheit wird eingeschränkt oder gleich ganz abgeschafft. Parlamente werden durch politbüroähnliche Hinterzimmer-Zirkel ausgeschaltet. Die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive wird aufgeweicht durch eine Akklamationspolitik, die dem vermeintlichen aktuellen politischen Willen entspricht, in Wirklichkeit aber von der politischen Führung im Zentralkomitee bestimmt wird. Das wäre dann auch eine Annäherung an die staatsnahe Wirtschaftspolitik Frankreichs. Hinsichtlich der Medienkontrolle und der Machtausübung des Staates würde es eine Annäherung an die früheren Diktaturen DDR oder UdSSR bedeuten. Angesichts der vielfältigen Markteingriffe gewinnt man den Eindruck, dass die Kanzlerin, die in der DDR aufwuchs, von marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien wenig hält. Nach den Subventionsangeboten für Opel, nach der Abwrackprämie für Pkws und den steuernden Eingriffen im Zickzackkurs in der Energiewirtschaft sind jetzt die Banken Opfer neuer möglicher Fehllenkungen, die auf eine komplette Verstaatlichung der Finanzindustrie hinauslaufen könnten.⁴ Mit dem zunehmenden Interventionismus wird die Marktwirtschaft ausgehebelt.

Auf gesamtpolitischer Ebene war die Zeit der Bonner Republik (1949–1990) zu Ende, die neue Berliner Republik stellte die rheinisch und westlich geprägte Demokratie infrage, die es dennoch weiter zu verankern galt. Richard von Weizsäcker wies darauf hin, das neue Deutschland müsse etwas »*Evangelischeres, etwas Östlicheres, etwas Preußischeres*« sein.⁵ Vielfach wurde genau dies, meist in Westdeutschland, zunehmend beklagt, denn mit der Ostverschiebung war auch ein neuer Politikstil verbunden; die in der Frühphase nach dem Zweiten Weltkrieg in Bonn noch fast zelebrierte Bescheidenheit wurde aufgegeben. Die Politiker verfügten immer ungehemmter über das Geld der Steuerzahler, das vermeintliche »politische Willen« bekam einen immer höheren Stellenwert. Dies war bereits in der

⁴ Vgl. Gabor Steingart: »Denn sie wissen nicht, was sie tun«, in: Handelsblatt vom 17.11.2011, S. 1.

⁵ Barbara Coudenhove-Kalergi: Was soll von der DDR übrigbleiben?, S. 204.

Spätphase der »Bonner Republik« zunehmend der Fall. Die schlecht gemanagte Wiedervereinigung, die das Beitrittsgebiet durch Sozialtransfers (»Ruhigstellen« der wirtschaftlich ausgeschalteten Ex-DDR-Bürger) dauerhaft schwächte, wurde nie infrage gestellt. Probleme werden in der Berliner Republik nicht mehr gelöst, sondern »ausgesessen«. Helmut Kohl hat es vorgemacht, und Frau Merkel, in Agitprop-Fragen gut bewandert, »verkauft« ihre perspektivlose EU-Transferpolitik bestmöglich (ihr umstrittener langjähriger CDU-Amtsvorgänger Kohl wurde von der Opposition in einer heute unbekanntenen Schärfe kritisiert). Die Deutungshoheit über alle politikrelevanten Fragen liegt bei den führenden Politikern, die gemeinsam mit den Medien eine neue kommerzielle und eventorientierte Selbstdarstellung (Bühnenshow für einen neuen Personenkult) betreiben, ohne fundiert zu informieren. Der »Basta«-Politiker Gerhard Schröder hat es vorgemacht, der mit Bild, BamS und Glotze »regierte«. ⁶ Die Kanzlerin vermied es bei ihrem Interviewauftritt bei Günther Jauch im September 2011, die Belastungen für den deutschen Steuerzahler in fairer Form darzustellen: ⁷

... »Wir helfen nicht, weil ein Land zu viele Schulden hat. Wir helfen, damit unsere gemeinsame Währung stabil ist.« Alles ganz einfach also? Nö. Merkel verheddert sich. »Griechenland haftet für seine Schulden nach wie vor alleine«, sagt sie. Da ist Jauch zur Stelle: »Aber haften heißt doch, das können die selber irgendwann zurückzahlen?« Merkel: »Ja« Jauch: »Das können die aber nicht.«

Dann: Stille. Merkels linke Hand zerschneidet die Studioluft, als würde sie immer noch lautstark ihre Politik verteidigen. Nur aus ihrem Mund kommt nichts. Nach einer gefühlten Unendlichkeit bringt Merkel ein schwaches »Also, das mag Ihre Ansicht jetzt sein« heraus. Jauch hakt nach: »Ich bin ja nicht ganz alleine.« Schaffen die das oder schaffen die das nicht? Merkels »Äh« wird von lang anhaltendem Beifall übertönt. Immerhin verschafft ihr

⁶ Bernd Oswald: »Aussagekräftige Auslassungen«, in: sueddeutsche.de vom 23.10.2006.

⁷ ARD, 25.09.2011, zitiert aus: »Kanzlerin bei Günther Jauch«, Es geht um die Sache, in: sueddeutsche.de vom 26.09.2011.

der Applaus die Zeit, sich eine gute Antwort zu überlegen. Und so erklärt sie, dass es für sie nur eine Instanz gebe, die diese Frage wirklich beurteilen könne. Und das sei die Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank, die gemeinsam über die Auszahlung neuer Kredittranchen an Griechenland entscheide. »Die müssen für uns sagen, schaffen die das oder schaffen die das nicht«, sagt Merkel.

Das klingt jetzt alles überhaupt nicht mehr kraftvoll und beruhigend, sondern so zögernd und zaudernd, wie sie sich zuletzt oft gezeigt hat.

80 Prozent von 1301 Befragungsteilnehmern bei der SZ-online-Umfrage »Hat Sie Angela Merkmels Argumentation bei Jauch überzeugt?« waren der Auffassung: »Nein, Angela Merkel ist es nicht gelungen, ihren Kurs in der Euro-Frage ausreichend zu erklären«. ⁸ Es herrscht zunehmend Desinformation und Propaganda, um die aufgeschreckten Bürger zu beruhigen, anstatt dass ihnen die Wahrheit gesagt wird.

Bereiche	Bonner Republik (1949–1990)	Berliner Republik (1990 bis heute)
Äußeres	Bescheidenheit im außenpolitischen Auftritt (vor allem in der Frühphase), Westintegration	Ringen um mehr Verantwortung in der Weltpolitik (zum Beispiel der von Joschka Fischer angestrebte ständige Sitz Deutschlands in der UNO), das parteiübergreifend von einem breiten Konsens getragen wurde.
Inneres (Soziales, Verwaltung und Organisation)	Sicherstellung von bürgerlichen Freiheitsrechten und Selbstverantwortung, Laissez-faire- und Subsidiaritätsprinzip, föderale Struktur	Rücknahme privat verantworteter Spielräume, Zunahme sozialer Alimentierung, politisierte und teure Verwaltung, Tendenz zum Überwachungsstaat

⁸ Abgerufen am 20.10.2011 unter sueddeutsche.de

Militär	Landesverteidigung innerhalb des eigenen Territoriums (nur dies galt als verfassungskonform). Einbindung der Bundeswehr als Verteidigungsarmee in der NATO zur Abwendung eines möglichen Angriffs der Ostblockstaaten	Interventionsarmee ¹ . Thomas de Maizière: »Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.« Die Bundeswehr könne kämpfen und führen. Schon längst übernehme Deutschland mehr internationale Verantwortung, als es manchen Bürgern zu vermiteln sei. So seien seit 1991 mehr als 300.000 deutsche Soldaten im Auslandseinsatz gewesen.« ¹¹
Wirtschaft und Finanzen	Soziale Marktwirtschaft (Mittelstandsorientierung mit einem funktionierenden, privatwirtschaftlich organisierten Bankensystem, trotz tendenziell steigender Ausweitung noch maßvolle Staatsverschuldung)	Nach der Übernahme von Regeln des angelsächsisch geprägten Kapitalismus Rückkehr zu staatlichen Lenkungeingriffen im Automobil- (Abwrackprämie), Energie- und Finanzsektor; zunehmend maßlose Staatsverschuldung mit steigenden Finanzgarantien für Drittstaaten wie zum Beispiel Griechenland

Unterschiede zwischen der Bonner und der Berliner Republik

Günter Ederer geht vielleicht etwas zu weit, wenn er kritisch wie folgt resümiert:

»Die Berliner Republik vereint die Überheblichkeit der herrschenden Klassen im Kaiserreich, die vom Staat organisierte Verteilung sozialer Wohltaten während der NS-Zeit sowie die sozialistische Gleichmacherei einer utopischen Staatsidee wie in der DDR.«⁹

Es gibt aber tatsächlich einen großen Unterschied im Regieren zwischen Bonn und Berlin: Wohl schleichend mit der Wiedervereinigung beginnend,

⁹ Zitiert in: Michael Holmes: Buch zum Sozialstaat: Wie Deutschland politisch korrekt gegen die Wand rast, in Welt online vom 23.05.2011.

wurde wegen der scheinbar nicht mehr intern zu stemmenden Aufgaben zunehmend externes Know-how eingekauft: Erst waren es externe Gutachten, dann zogen die Unternehmensberater gleich für ein paar Wochen und Monate in die Ministerien ein und schließlich gibt es inzwischen eine Vielzahl von Gesetzen, die unmittelbar von Großkanzleien und Institutionen verfasst wurden. Der Beigeschmack entsteht – abgesehen von den zusätzlichen Kosten und der Entmündigung der eigenen Beamten – dadurch, dass die gebotene Unabhängigkeit maßgeblich aus der Hand gegeben wird. Hinter einer Großkanzlei stehen nämlich entsprechende Mandanten aus Branchen, auf die sich die Großkanzlei spezialisiert hat, sonst wäre sie nicht Fachberater des Ministeriums, wie zum Beispiel zum Thema Energie-Umbau. Das Problem nimmt insofern seinen Lauf, weil die Politiker Hunderte von Gesetzen nicht mehr im Einzelnen lesen oder gar verstehen können. Selbst die Fachpolitiker kapitulieren inzwischen und greifen in ihrer Hilflosigkeit zu »intensiven« Anhörungen, in denen sie aber zumeist wieder nur Fachleute (mit widerstreitenden Positionen) zu hören bekommen, was selten Klärung verschafft.

Dieser Teufelskreis deutscher Politik erklärt den Aufstieg von Angela Merkel: Regiert wird mit ständigen Kompromissen statt mit Reformen. Ihre Erfahrungen in der DDR liefern möglicherweise die Erklärung für die Veränderung der CDU, der nach dem Rückzug von Politikern wie Merz und Koch aus der Parteiführung die wirtschaftspolitische Kompetenz fehlt: Die Eltern von Angela Merkel siedelten 1954 von Hamburg in die damals im Westen noch als Ostzone oder SBZ (Sowjetische Besatzungszone) bezeichnete DDR um. Unter dem Spitznamen »der rote Kasner« galt der Vater von Angela Merkel als ein Kirchenmann, der nicht in Opposition zur DDR-Regierung und zur Kirchenpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) stand. Angela Merkel selbst war ab etwa 1968 in der FDJ, in der sie angeblich als Funktionärin für Agitation und Propaganda agierte.¹⁰ 1978 war sie Kulturfunktionärin der FDJ an der Akademie der Wissen-

¹⁰ Siehe »Angela Merkel. Zu geschwätzig für die Stasi«, in: Focus online vom 19.05.2009.

schaften in Berlin. Auf dem Schreibtisch der in zweiter Ehe mit Professor Joachim Sauer verheirateten Frau steht ein Bild der russischen Zarin Katharina der Großen. Unbestritten war die Zarin keine demokratische Vorzeigefrau. Stattdessen wird sie von Historikern auch als Despotin und Verfechterin eines starken Staates mit einer Reihe von Eroberungszügen und brutaler Niederschlagung des Bauernaufstandes wahrgenommen. Von anderen wird sie als aufgeklärte Absolutistin beschrieben, die Russland zu neuer Größe führte. Das Bild in Angela Merkels Büro spricht für eine große Sympathie für diese »starke« Frau und Monarchin. Ketzerisch formuliert könnte man Angela Merkel als Vollstreckerin eines »unfriendly reversal takeover« (»unfreundliche Übernahme durch die Seite, die ursprünglich übernommen werden sollte«) nach der Wiedervereinigung ansehen. Nachdem Westdeutschland die frühere DDR eingliederte und sich wirtschaftlich fast daran erhob, wickelt Angela Merkel jetzt auf dem EU-Altar sogar das ganze Land ab. Sicher musste Merkel aufgrund beider Koalitionen, die ihre Regierungen trugen beziehungsweise noch tragen und aufgrund der alles beherrschenden Finanzkrise seit 2008 Kompromisse machen, dennoch fällt ihre taktische Zurückhaltung auf. Der Reformstau wird dadurch größer, vor allem durch fehlende, von unabhängigen Experten getragene Leitlinien (siehe auch das nie wirklich erklärte Abrücken von den Leipziger Beschlüssen oder das Hin und Her bei der Atomenergie). Dies gilt insbesondere für die Steuerpolitik. So wurde unter Leitung von Friedrich Merz im Jahr 2003 ein Steuerkonzept erarbeitet, das nur drei Steuerstufen von 12 Prozent, 24 Prozent und 36 Prozent vorsah und das Steuerrecht im Wege der Entbürokratisierung radikal vereinfachen sollte. Für große Aufmerksamkeit sorgte sein Vorschlag der sogenannten »Bierdeckelsteuer«. Das Berechnungsverfahren sollte so einfach sein, dass jeder Bürger seine Einkommensteuer auf einem Bierdeckel ausrechnen kann. Das Konzept ähnelte dem Steuervereinfachungsmodell von Paul Kirchhof. Letzterer verlor, nachdem er im Wahlkampf 2005 Finanzminister-Kandidat war, in der Politik schnell an Bedeutung. Aber das ist inzwischen fast der Normalfall bei mangelndem politischem Hintergrund (Beispiel: Ex-Wirtschaftsminister Werner Müller unter Gerhard Schröder, später Evonik- Chef). Bei der Politik der »runden Ti-

sche« in der großen Koalition wurde er nicht mehr gebraucht. Paul Kirchhof fordert, dass wir gleichzeitig sämtliche Ausnahmen, Privilegien und Gestaltungsmöglichkeiten abschaffen müssen. Die Finanzverwaltung sei hoffnungslos überfordert, Steuerschätzungen stimmten nicht mehr. Das aktuelle Steuerrecht lenke alle Fantasie und Innovationskraft in Steuervermeidungstechniken, die enorm unproduktiv seien. Da versiege ein enormes Produktivitätspotenzial für unsere Volkswirtschaft ... Die Steuergesetze hätten ihre Autorität verloren, weil sie so widersprüchlich und verfremdet seien, es fehle die innere Plausibilität. »*Deswegen brauchen wir eine klare, einfache Regelung*«. ¹¹ Cora Stephan bringt es auf den Punkt: »*Wer wenig verdient, zahlt Steuern, wer viel verdient, schreibt ab*«. ¹² In dem Film »Gier – Der Fall des Hochstaplers Dieter Glanz« von Dieter Wedel wird auf der Kauf-DVD ¹³ ein alternatives Ende des Films gezeigt, das Fehlverhalten der Steuerverwaltung anspricht und auch einem breiteren Publikum hätte zugemutet werden können. Dabei wird im Gerichtssaal der Kaufmann Grünlich befragt, gespielt von Dieter Ochsenknecht:

... »Moment, Moment, Moment mal! Dem Finanzamt ist das doch auch nicht aufgefallen. Oder hat es nach der Selbstanzeige von Dieter Glanz, er hätte in Skandinavien 600 Millionen Euro verdient und nicht versteuert, hat es etwa nachgefasst, Unterlagen überprüft, oder nur mal nachgefragt, in welchem skandinavischen Land eigentlich? Nichts! Aber gleich eine exorbitante Nachzahlung gefordert. Blind vor Gier, genau wie wir. Mich hat doch dieser Steuerbescheid nur in der Vermutung bestärkt, dass Glanz wirklich über ein riesiges Vermögen verfügt. Wenn schon auf das Finanzamt kein Verlass mehr ist, verdiene ich doch nicht, hier als Hampelmann der Nation dazustehen. Wir alle, die auf Glanz hereingefallen sind, aber wer hat es doch unserem Verstand zugequatscht. Vor lauter Fuchhe. Wirtschaftsberater, Steuerberater und Rechtsanwälte und das ganze Gesocks, das danach dauernd in diesem Land herumgewuselt ist.«

¹¹ Paul Kirchhof, in: EaS vom 21.10.2009.

¹² Cora Stephan: Angela Merkel, ein Irrtum, S. 111.

¹³ Eurovideo, D 2009.

Insbesondere der deutsche Staat, der durch die Gewährleistungsgesetze vor allem für südeuropäische Euroländer Vertrauen bei den Bürgern verspielt hat, braucht jetzt eine ökonomisch versierte Führung. Kanzlerin Merkel wirkt getrieben von den Ereignissen. Sie agiert nicht mehr, sondern reagiert nur noch. US-Diplomaten gaben ihr den Spitznamen Angela »Teflon« Merkel, da vieles an ihr abgleite.¹⁴ Wird der Veränderungsdruck durch die Ungleichgewichte in der Eurozone zu groß, gibt sie den Forderungen nach staatlichen Interventionen nach und lässt schleichend immer mehr staatlichen Dirigismus zu. Ein glaubwürdiger Neuanfang gelingt so nicht mehr. VEB Deutschland ist keine Vision, die von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird. Die Finanzierung verschuldeter EU-Staaten durch den deutschen Steuerzahler ist noch weniger konsensfähig, daher werden die Maßnahmen von der Politik gerne verschleiert, denn zur Wahrheit gehört auch, dass Garantien »gezogen« werden können. Kanzlerin Merkel profitiert von geliehener Macht auch bei den Verhandlungen innerhalb Europas. Sie kann die Leistungsbereitschaft der deutschen Bevölkerung und die der Geldwertsicherung verpflichtete Politik der Bundesbank in die Waagschale werfen. Diese Tugenden werden jetzt auf dem Altar einer falsch verstandenen europäischen Solidarität geopfert, und der Euro erweist sich zunehmend als Spaltpilz. Die im Zuge der Finanzkrise gewährten Subventionen werden die Moral der deutschen Bürger, die gleichzeitig Steuerzahler sind, untergraben. Es wird als Lehre übrig bleiben, dass sich Arbeit nicht lohnt, wenn die Geldempfänger in Griechenland oder Italien durch schlechtes Wirtschaften und Trickereien ungerechtfertigt hohe Subventionen erhalten. Diese mögliche Schlussfolgerung würde den gesellschaftlichen Frieden stören, Politiker könnten dadurch verstärkt bestrebt sein, zu vernebeln und manipulierend zu desinformieren. An Agitation und Propaganda erinnert meines Erachtens die häufig anzutreffende, aber nicht überprüfbare Aussage, dass ohne den Euro die Lage in Europa noch viel schlechter wäre. Auch die Medien sind dabei eingebunden und verbreiten diese Desinformation. Angela Merkel wurde vom Handelsblatt zur Persönlichkeit des Jahres 2011 gekürt:

¹⁴ »Wikileaks: US-Botschafter über Deutschland – Angela ›Teflon‹ Merkel«, in: sueddeutsche.de vom 29.11.2010.

»... Aber ein bisschen mehr Deutschland ist das Beste, was Europa derzeit passieren kann. Merkels Deutschland will andere nicht beherrschen, nur stabilisieren. Das deutsche und das europäische Interesse fallen in diesen turbulenten Tagen zusammen. Darin liegt das historische Glück des Merkel-Moments. Möge ihr der Ehrentitel als ›Person des Jahres 2011‹ nicht nur Freude und Bestätigung, sondern vor allem Verpflichtung sein. Am besten auch für die Innenpolitik.«¹⁵

Angesichts des zunehmenden Kampagnencharakters entsteht der Eindruck einer verstärkten Manipulation der Medien, dies war auch im Zuge der Euro-Einführung bereits zu beobachten. Vor allem die NZZ ging bereits am 25.11.1997 kritisch auf die Art und Weise ein, *»wie etliche Argumente des offiziellen Deutschlands konstruiert und vorgebracht werden«*. Dies erinnere an *»Propaganda und ›Aufklärung«*, sie spricht von *»Anhängern der währungs-politischen Gleichschaltung«*.¹⁶

»In Deutschland, in Europa läuft derzeit eine beinahe unheimliche Desinformationskampagne, als Informationskampagne deklariert. Von der Politik ist man es gewohnt, dass sie unter dem Deckmantel der Information Zweckpropaganda für die eigenen Ziele macht. Doch selten ist auch die Presse ihrer Informationspflicht so wenig nachgekommen wie im Falle des gemeinsamen Geldes.«¹⁷

»Hinter den Kulissen der Öffentlichkeit(sarbeit) wird mit den härtesten Bandagen ›Gesinnungsterror‹ (so ein angesehener Zentralbanker) betrieben ... Die ›Aufklärung‹ über den Euro liegt fast vollends in der Hand der Großbanken. Sie sind, neben der Industrie – nachweislich die Hauptprofiteure eines europäischen Währungsraums. Auf gesponserten Panels werden Euro-Skeptiker von vornherein ausgeschlossen ... Die deutsche Presse steht ebenfalls unter der Knute der ›political correctness‹ ...«¹⁸

¹⁵ Gabor Steingart: »Der Merkel-Moment«, in: handelsblatt.de vom 23.12.2011.

¹⁶ Siehe dazu auch W. Hankel u. a.: *Die Euro-Klage*, S. 135–142.

¹⁷ Fuchsbrief vom 07.10.1996.

¹⁸ Fuchsbrief Nr. L/26 vom 03.07.1997.

Selbst Heidemarie Wieczorek-Zeul, langjährige Entwicklungsministerin und früher als »rote Heidi aus Hessen« bekannt, äußerte sich kritisch:

»Die großformatigsten Anzeigen und die strahlendsten Hochglanzbroschüren, die die Bundesregierung zur Europäischen Währungsunion verbreitet, können aber die Verunsicherung der Bevölkerung nicht beseitigen.«¹⁹

Auch der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf beanstandete das Vorgehen bei der Euro-Einführung:

»... Ein Projekt, das so fragil ist, dass es eine intensive Prüfung nicht trägt, kann nicht gut sein. Das gehört jedenfalls zu meiner Lebenserfahrung. Antworten auf lebenswichtige Fragen sind noch nicht gefunden – und werden in Hochglanzbroschüren auch nicht geliefert, die den Euro anpreisen wie ein neues Waschmittel.«²⁰

Die Kritik der Medien war zurückhaltend und wurde vor allem durch Interviews mit Euro-Gegnern transportiert. Einzelne Zeitungen gingen sehr vorsichtig vor.²¹ Ob und inwieweit die Medien selbst die Themen setzen oder von Lobbyisten/Verbänden oder anderen »interessierten Kreisen« dazu gedrängt werden, ist nicht transparent. Helmut Schelsky spricht im Rahmen der Herrschafts-Chance zur sozialen Betreuung von einer sachlich und personell verschmelzenden »Herrschaft der Informierenden und Belehrenden«.²² Auch die Parteien selbst, nicht zuletzt die SPD, in deren Regierungszeit letztlich der Euro eingeführt wurde und die Mitinhaberin eines Medienimperiums ist, haben immer wieder versucht, auf die Meinungsbildung einzuwirken. Nicht die Religion, sondern die »aufmerksamkeitslenkenden« Medien sind daher heute »Opium für das Volk«, auch Kanzlerin Merkel bedient sich dieser Klaviatur. Die Emotionalisierung im Zuge der steigenden Bilderflut verdrängt

¹⁹ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/175, 15.05.1997, S. 15.700.

²⁰ Kurt Biedenkopf: Vortrag: »Der Euro – Herausforderung mit Chancen und Risiken«, Vortrag in Berlin, 15.09.1997, S. 2–3, 23.

²¹ Siehe W. Hankel u. a.: *Die Euro-Klage*, S. 141, 142.

²² Helmut Schelsky: *Die Arbeit tun die anderen*, S. 370.